

Berlin, 20. April 2009

Wahlfreiheit als Teil der Religionsfreiheit

Von „Kulturkampf“, von „Kirchenkampf“ und gar von „Wahlzwang“ ist die Rede – aber immerhin die Rede...

Eine **lebhaft**e Debatte wird geführt – mit zuweilen schrillen Tönen, aber das ist bei sehr persönlichen Anliegen, bei **emotionalen** Fragen oder bei **ideologischen** Haltungen auch gar nicht zu vermeiden.

Bis zum **Volksentscheid** am kommenden Sonntag wird dies hier heute auch immer noch nicht die letzte Debatte über Fragen des **Glaubens** und der **Werteerziehung** sein – das immerhin hat die **Initiative Pro Reli** erreicht. Das – und die Tatsache, dass **mehr als 300.000 Unterschriften** überhaupt zusammengekommen sind, um den Volksentscheid über Ethik/ Religion als ordentliches Schulfach einzuführen - das ist keineswegs selbstverständlich in Berlin, der „**Hauptstadt des Atheismus**“.

Mechthild Küpper von der FAZ führte dann auch in ihrem Beitrag dazu am 7. März aus, dass noch im November 2007 die Beauftragte des Senats für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sagte, die meisten Berliner seien wohl noch nie zu einer evangelischen Hochzeit oder einer katholischen Beerdigung eingeladen worden und kannten persönlich keine Christen. Umso beachtlicher ist die Umfrage, die gestern nicht nur in der Berliner Morgenpost veröffentlicht wurde: Im Berlin-Trend spricht sich demgemäß eine **knapp**e Mehrheit von **51 %** der Befragten dafür aus, dass Schüler zwischen Ethik und Religionsunterricht wählen dürfen. 46 % unterstützen dagegen die Linie des Senats und wollen, dass Ethik Pflichtfach für alle bleibt.

Pro Reli, beziehungsweise die Frage nach dem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, **spaltet** die Stadt. Und sie **bewegt** die Stadt.

Dabei geht es doch nur darum, dass **auch hier in Berlin Wahlfreiheit** gewährt wird – niemand soll bevormundet werden – jedenfalls nicht nach dem Willen der Pro Reli-Initiatoren.

Was ist die Ausgangslage?

Gemäß **Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes** ist der Religionsunterricht ein staatlicher Unterricht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird. Er wird in der Regel von staatlich qualifizierten Lehrkräften nach staatlichen Lehrplänen und Richtlinien mit Hilfe von staatlich genehmigten Lehrbüchern erteilt.

In 11 Bundesländern können Schüler auf dieser Grundlage Religion als ordentliches Schulfach wählen. Wollen sie das nicht, müssen sie Ethik nehmen.

In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stehen Religions- und Ethikunterricht gleichberechtigt nebeneinander – d.h. die Schüler müssen eines der Fächer belegen. Nur in Bremen und – anders – **in Berlin ist Religion kein ordentliches Schulfach** wie es das GG garantiert.

Die Bremer Klausel (GG Art. 141) erlaubt es den Bundesländern, in denen Religion am 1. Januar 1949 kein ordentliches Schulfach war, das Fach außerhalb des Lehrplans als freiwilliges Angebot vorzuhalten.

Dass **Parteien in Berlin stärker durch atheistische Haltungen** geprägt sind als anderswo in Deutschland ist bekannt, und schon 1948 hat es in dieser Frage ähnlich vehemente Auseinandersetzungen gegeben wie jetzt. Letzten Endes gab es im Berliner Magistrat damals eine Mehrheit für das entsprechende Schulgesetz von SPD und SED.

Seit **Oktober 1990** gilt ein neues Schulgesetz, in dem geregelt wird:

„Der Religions- und Weltanschauungsunterricht ist Sache der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.“ Träger des Religionsunterrichtes sind damit nicht das Land Berlin, sondern die Religionsgemeinschaften. Das heißt, Religionsunterricht ist eine rein freiwillige Angelegenheit.

Der Religionsunterricht wird gem. § 13 Abs. 2 Satz 1 des SchulG auch nicht von staatlichen Lehrkräften, sondern von Personen mit der Befähigung zum Lehramt erteilt.

Nach diesem **Berliner Modell** müssen alle Kinder in den Klassenstufen 7 bis 10 an dem für alle verbindlichen Ethikunterricht teilnehmen müssen. Eine **Abwahrmöglichkeit gilt** auch für die Kinder **nicht**, die am Religionsunterricht teilnehmen. Der wird in den Rand- oder Nachmittagsstunden – oft in den Schulgebäuden – erteilt.

Das Berliner Modell ist eine **Ausnahme** in einem in ganz Deutschland, in Ost wie West, funktionierenden und akzeptierten System des Religionsunterrichts.

Wir gehen bei unserer Fragestellung nach dem **Verhältnis von Religion und öffentlicher Schule**, von **Wahlfreiheit** und **Religionsfreiheit** aber nicht von einer Ausnahme aus. Denn eine Ausnahme bleibt, was sie ist: eine **Ausnahme**, und eben **nicht die Regel**.

Die Berliner Befürworter eines Wahlpflichtfaches Ethik/ Religion **wollen Anteil** haben an der bundesweit **bewährten Normalität**.

Der Religionsunterricht ist im Übrigen das **einzige in der Verfassung garantierte Schulfach**. Genau damit trägt der Staat zur Verwirklichung der **Religionsfreiheit** bei. Er würdigt damit die Bedeutung der religiösen Bildung für Gesellschaft und Kultur insgesamt.

Gerade unter sich wandelnden Bedingungen muß die Verwirklichung dieses **Bildungsanspruches** immer wieder neu diskutiert und hier eben auch notfalls per Volksentscheid eingefordert werden.

Religionsunterricht

Der Religionsunterricht leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur religiösen, sozialen, ethischen, kulturellen und emotionalen Bildung von Schülerinnen und Schülern und damit zum Gelingen von personaler Identitätsbildung. Er trägt in entscheidender

Weise zur Pflege und Weiterentwicklung des kulturellen Gedächtnisses der Gesellschaft bei.

Anders als der Ethikunterricht sucht der Religionsunterricht **Antworten auf „letzte Fragen“**, auf Fragen nach Geburt, Tod und Menschwerdung. Transzendenz, ein „Leben nach dem Tod“, die Frage nach **Gott**, selbst ein für unsere Gesellschaft so grundlegendes Prinzip wie die Jesus-Ethik – das sind Gesprächsangebote, die der Religionsunterricht macht, die in der Ethikstunde aber so gar nicht gestellt werden können.

Die **Entwicklung religiöser Sprachfähigkeit**, auch die Begegnung mit **religiösen Ritualen** bis hin zum Gebet (und Beten lernen, das ist eine Kompetenz fürs Leben!), ermöglicht den **Dialog** auf gleicher Augenhöhe mit dem Anderen. Nur so gelingt es, das Andere zu würdigen oder die Gemeinsamkeiten zu stärken.

Und: **Religion bewahrt** und **beantwortet** die Frage nach Gott.

Im Religionsunterricht wird dieser Frage in der öffentlichen Schule Raum gegeben. Heranwachsende haben ein besonderes Bedürfnis und **Recht, diese Fragen** zu stellen. Und sie haben auch ein **Recht auf eine Antwort** – zumindest den Versuch dazu, und zwar authentisch, das heißt von Vertretern eben dieser Religionsgemeinschaften.

Nach Ansicht dieser **Religionsgemeinschaften** – und eben auch unserer **Verfassung(!)** – kann Religion **authentisch** nur von Menschen unterrichtet werden, die die **gelebte Praxis ihrer Religion verkörpern**, die also nicht nur die theoretische oder dogmatische Oberfläche kennen.

Weltanschaulich neutrale Informationen aus der **Beobachterperspektive** sind pädagogisch dem Religionsunterricht aus der Teilnehmerperspektive nicht gleichwertig. (Zum Vergleich: auch Sport wird anders erlebt, wenn es ein aktiver Sportler vorführt als ein Sportfunktionär, der lediglich die Regeln erklärt).

Eine Lehrkraft, die ihr **Leben aus dieser religiösen Fundierung heraus gestaltet**, ist glaubwürdiger als ein staatlich geschulter Ethiklehrer, der ganz sachlich beispielsweise die Unterschiede zwischen Islam und Christentum verdeutlicht.

Genau deshalb ist **im GG festgelegt**, dass der Religionsunterricht eine **gemeinsame Angelegenheit von Staat und Religionsgemeinschaften** sein soll.

So, also durch diese Rechtssetzung, kann der Religionsunterricht im Sinne der **positiven Religionsfreiheit** wahrgenommen werden, ohne daß der Staat seine weltanschauliche Neutralität verletzen würde, zu der er sich selbst verpflichtet hat. Ein staatliches Wertemonopol oder Werte-Monopolfach kann es demnach nicht geben.

Für den Religionsunterricht heißt das, dass auch er sich bildungspolitisch und pädagogisch im Kontext der anderen Schulfächer und Kompetenzen in der Schule, in der Bildung, verantworten muß.

Es war der Verfassungsrechtler *Böckenförde*, der uns daran erinnert:

„Der Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann.“

Unsere Gesetzesnormen beruhen auf einem bestimmten Menschbild, das nicht der Staat definiert hat, sondern das religiös gewachsen und begründet ist.

Der Staat ist neutral, auch wertneutral. Daher muß der Staat in einer pluralen Gesellschaft plurale Werte auch vermitteln. So ist die Trennung von Staat und Kirche begründet.

Zu einer **pluralen Wertevermittlung** gehört auch das Angebot an die Bürger, in **Freiheit selbst zu entscheiden**, in welcher Wertorientierung sie ihre Kinder an öffentlichen Schulen erziehen wollen.

Dieses Recht, sich mit der Religion in der öffentlichen Schule auseinanderzusetzen, ist ein **Recht der Schülerinnen** und Schüler (und ihrer Eltern) – nicht der Religionsgemeinschaften oder einer Institution. Der Erziehungs- und **Bildungsauftrag von Staat und Kirche** wird nicht von den Rechten der

Institutionen, sondern konsequent vom **Recht der Kinder auf Bildung und Erziehung (!)** her entfaltet. Der schulische Religionsunterricht mit dem personalen Angebot der Religionslehrer/ innen, die die Religionsgemeinschaften stellen, ist folglich ein **Dienst**, mit dem dieses Recht auf Bildung und Erziehung verwirklicht werden soll.

Dieses Recht gilt selbstverständlich nicht nur für die christlichen Schüler, sondern für alle.

Muslime haben keinen zentralen Ansprechpartner. Jetzt die Verantwortung für den Religionsunterricht den konservativen bis orthodoxen Muslimverbänden zu überlassen, entspricht nicht den tatsächlichen Bedürfnissen der Muslime hier. Islamkunde ist kein Religionsunterricht im konfessionellen Sinn. Gerade vor diesem Hintergrund wäre es aber ein entscheidender Fortschritt, wenn man sie in eigener Verantwortung **in den öffentlichen Schulen ihren Islam-Unterricht** abhalten lassen könnte – unter **staatlicher Aufsicht** und **auf Deutsch** – und sie so aus den berühmten Kreuzberger Hinterhöfen herausholen könnte.

Die jüdische Gemeinde betont in ihrer Stellungnahme, dass sie bei ihrem Wunsch nach jüdischem Religionsunterricht in öffentlichen Schulen drei Perspektiven beachtet wissen möchte: Die der **Schüler**, diejenige der **Jüdischen Gemeinde** und die der **nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft**.

Rabbinerin Gesa S. Ederberg dazu: „Es ist gut für unsere Gesellschaft, wenn auch die kleineren Religionen den öffentlichen Raum – und insbesondere die Schule, in der die nächste Generation geprägt wird – mitgestalten. **Was für ein Gewinn** für den Geschichts-, Deutsch- oder Kunstunterricht, wenn zum Kollegium ganz selbstverständlich auch ein jüdischer Religionslehrer gehört, der jüdische Kompetenz und Ansprechbarkeit ins Lehrerzimmer bringt (...) So wird die Jüdische Gemeinschaft sichtbar – und zwar da, wo es um ihr eigentliches Kerngeschäft geht, nämlich religiöse Bildung.“

Auch jüdischer und islamischer Religionsunterricht sollte neben der Vermittlung des für das Leben bedeutsamen Grundwissens über die betreffende Religion und dem **Vertrautmachen mit Formen gelebter Religiosität** zusätzlich die Förderung der

religiösen Dialog – und Urteilsfähigkeit der jungen Menschen anstreben – so wie dies auch für die christlichen Kirchen gilt.

Und Urteilsfähigkeit heißt hier dann auch (um dem Vorwurf des Missionierens entgegen zu treten), dass sie zu **verantwortlichem Denken** und Handeln im Blick auf **Religion** und **Glaube** erziehen soll. Das schließt eine freie Entscheidung zugunsten oder eben auch gegen die „eigene“ Religion ein.

Es muß also auch die Möglichkeit geben, sich vom Religionsunterricht wieder abzumelden – vorausgesetzt, man konnte ihn überhaupt erst einmal wählen...

Ein mündiger, urteilsfähiger junger Mensch kann **Positionen der eigenen Religion hinterfragen**, sich auch distanzieren. Einen **eigenen Standpunkt** finden und **Respekt** gegenüber der weltanschaulichen Überzeugung anderer lernen, das sind die Ziele des Religionsunterrichts.

Um **Identität und Verständigung** also geht es. Im Ethikunterricht kann es nur um letzteres gehen – um die Verständigung. Meines Erachtens gelingt diese besser, wenn ihr eine **Identifizierung mit den Zielen** eines für den einzelnen glaubwürdigen Lebens- und Verhaltensmusters **vorausgeht**.

Religionsunterricht klammert dabei die Frage nach der **Wahrheit** nicht aus.

Religionsunterricht ist eine Möglichkeit, um diese Wahrheit zu ringen – immer im Wissen darum, dass man Wahrheit nicht besitzen kann.

Neben der **Suche nach der Wahrheit in der eigenen Religion** muß der **Dialog mit Vertretern anderer Religionen** treten – möglich gemacht werden soll dies in Berlin nach der Vorstellung der Initiative Pro Reli durch **gemeinsame Unterrichtsstunden** und Kooperationen.

Jüdischer, islamischer, katholischer und evangelischer Religionsunterricht, der diesen Zielen verpflichtet ist, erfüllt das **Recht junger Menschen, ihre Religion besser kennen** zu lernen. Im Zusammenspiel tragen sie alle dazu bei, die plurale Gesellschaft (Berlins) **besser zu gestalten**, die von **Toleranz** und gegenseitigem **Respekt** geprägt ist.

Sie müssen **nur das Recht bekommen**, den Unterricht **frei zu wählen**, den sie und ihre Eltern wollen.

Auch ihnen muß die **Freiheit eingeräumt** werden, ihr **im Grundgesetz garantiertes Recht** auf Religionsunterricht an ihrer öffentlichen Schule wahrzunehmen – so wie in den anderen Bundesländern auch.

Ein **staatliches Monopolfach zur Wertevermittlung** verbietet der Gedanke des GG, und das verbietet auch das Gebot der Trennung von Staat und Kirche.

Es geht um die **Freiheit zur Religion**.

Uns geht es **nicht um Ethik statt Religion**

Sondern um Ethik aus Religion.